

Ruth Gill

Hierholz 42  
79875 Dachsberg  
Tel. + Fax 07755 - 938 597

An den  
Parlamentarischen Staatssekretär  
im Bundesministerium des Inneren  
Herrn Fritz Rudolf Körner  
- persönlich -  
Alt-Moabit 101 D  
10559 Berlin

Hierholz, den 24.08.04

Elektronischer und sonstiger Geheimdienstterror in Deutschland  
Ihre Stellungnahme vom 20.08.04, VG-Nr.: 349/2004

Sehr geehrter Herr Körper,

besien Dank für Ihre informative Antwort. Im Klartext bedeutet sie, daß Sie und das Innenministerium wissenschaftlich und vorzüglich die fortwährenden Straftaten, Grund- und Menschenrechtswertungen von Geheimdiensten gegen viele Bürger in diesem Land mit der Strategie des plausibeln Abstrickens (plausible denial) decken. Damit reihen Sie sich ein in die behördliche Amtsbildung und Beihilfe, die alle übrigen zuständigen Ämter, Dienststellen und Verantwortungsträger bei dieser Verschönerung des Rechtsstaates leisten.

Dem es kann ja wohl nicht sein, daß Sie nichts davon wissen, daß in Rußland bereits seit Juli 2001 ein Gesetz in Kraft ist, das die Herstellung und Anwendung der fraglichen Waffentechnologien unter Strafe stellt. Auch im Bundesstaat Ohio in den USA soll es ein derartiges Gesetz geben. Kanadische MKUltra-Opfer der amerikanischen Geheimdienste konnten Schadensersatzforderungen gerichtlich durchsetzen.

Wollen Sie uns etwas weis machen, daß solche weltweit eingesetzten E-Waffen vor deutschen Grenzen halt machen? ...

während die Fraunhofer-Gesellschaft alljährlich in Erlangen ein Internationales Symposium zum Thema „Non Lethal Weapons“ ausrichtet,  
in 2. Gefahrenbericht der Schutzkommission beim Bundesminister des Inneren eindringlich vor einer zunehmenden Gefährdung durch HPW-Waffen gewarnt wird (S. 40),  
und im Rahmen der diesjährigen Polizeimesse in Leipzig ein Workshop zu diesem Thema stattgefunden hat (www.findelflux.de/forum/read03fe.html)

Wenn die Recherche des BKA, auf die Sie verweisen, ergebnislos blieb, nachdem es doch nach dessen eigener Mitteilung vom 21.01.03 (AZ-LS 2 - 27-273702) 1 durchaus etwas zu beobachten gab, dann muß man Absicht unterstellen. Oder wollen Sie etwa behaupten, daß die Gesetze in Rußland und Ohio „rein vorsorglich“ und überflüssigerweise erlassen wurden oder daß Geheime finanzielle Kompensation für imaginäre Schäden zuspriechen?

Es gibt zwei weitere Indizienbeispiele dafür, daß der E-Waffen-Terror in diesem Land behördlicherseits gewollt ist und unterstützt wird:

1. eine E-Mail-Nachricht von Heiner Gehring, des Autors von „Versklavte Gehirne“, eines wissenschaftlich fundierten Grundlagenwerkes aus dem Jahr 2002 über Bewußtseins- und Verhaltenskontrolle. Aus seiner Nachricht geht hervor, daß auch an deutschen Universitäten derartige Forschungen im Regierungsauftrag betrieben werden. (Daß der Autor zwei Jahre nach Erscheinen seines Buchs im Alter von nur 41 Jahren verstorben ist, mögen zahlreiche Menschen, die sich ihm verbunden fühlen, nicht für Zufall halten.)

2. die Desinformationskampagne des Hessischen Innenministeriums „Folter wirkt!“. Unter <http://www.stop-torture.de/folterwirk-klein.jpg> gibt - bei aller propagandistischen Desinformation, die in der (Text-)Gestaltung enthalten ist - das Ministerium damit offen zu, daß in diesem Land Folter in einem Umfang stattfindet, der „Präventionsmaßnahmen“ erforderlich macht.

Wenn hingegen Opfer solcher Verbrechen um Schutz und Hilfe bei Polizei- und Justizbehörden oder anderen Ämtern und Politikern nachsuchen, werden ihre Angaben ausnahmslos als unglaubhaft hingestellt.

Auch die Tatsache, daß mein Brief an Sie auf dem Postweg „verschwunden“ wurde, und erst mit nochmaliger Fax-Zustellung über Ihr Bundesjustizsekretariat Sie überhaupt erreicht hat, ist offenbar nichts, was Ihnen zu denken gäbe; geschweige denn mein illegaler Ausschuß aus dem Internet?

Sehr geehrter Herr Körper, ich muß Sie unter diesen Voraussetzungen nochmals um Ihre Stellungnahme bitten, denn es interessiert mich nicht nur mich, sondern auch zahlreiche weitere Opfer dieses Terrorsystems und viele informierte Bürger dieses Landes, wie es um die Demokratie, die Grund- und Menschenrechte, ja den Rechtsstaat überhaupt, in Deutschland tatsächlich bestellt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Gill

Anlagen:

- Kurzinformation über das russische Gesetz gegen P-sytronie-Generatoren
- Kurzinformation betr. strafrechtlicher / tatbestände gem. Stellungnahme des Bundesjustizministers, und zu den Schadensersatzansprüchen von kanadischen MKUltra-Opfern
- Textauszug aus dem 2. Gefahrenbericht über HPW-Waffen
- E-Mail-Nachricht von Heiner Gehring vom 09.08.2003
- Poster des Hessischen Innenministeriums „Folter wirkt!“

www.findelflux.de/forum/read03fe.html